

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bankkonten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz



Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verbreitungseinrichtungen, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Zeilenbreite (Masse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60, Reklame RM 0.60, Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Brettnitz, Sautwalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Eichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2 Druck und Verlag von C. E. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 57

Mittwoch, den 7. März 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Erholungsfürsorge

Eltern, welche im Jahre 1928 ihre Kinder in einem Erholungsheim in Sachsen, an der See oder im Gebirge untergebracht wissen wollen, wollen sich in der Zeit vom 9.—16. März 1928 beim unterzeichneten Wohlfahrtsamt oder bei der Verköstigungsleiterin Margarete Kruschwitz melden.

Beihilfen zu den Unterbringungskosten können bei besonderer Bedürftigkeit und auf Antrag gewährt werden

Pulsnitz, den 6. März 1928.

Rat der Stadt.

— Wohlfahrtsamt —

Das Wichtigste

In Südtirol ist der Gebrauch deutscher Religionsbücher streng untersagt worden.
Der Verkehrs-ausschuss des Reichstags hat den Ausbau des Verkehrsnetzes in den östlichen Grenzmarken beschlossen.
Reichslandspräsident Hepp ist aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten.
Wie uns gemeldet wird, erhalten zurzeit in Großberlin 1701 vertriebene Auslandsdeutsche Armenunterstützung Ein erschütternder Beweis für die tieftraurige Lage der einstigen Pioniere des Deutschtums im Ausland ist wohl nicht zu geben.
Der König von Afghanistan hat heute um 15.30 Uhr Berlin verlassen, nachdem er sich vorher vom Reichspräsidenten von Hindenburg verabschiedet hat. Er beabsichtigt sich zunächst nach Essen, wo er am 8. März noch einige größere Industriewerke besichtigen wird. Hiernach wird er sich über Paris nach England begeben, wo er für den 11. März erwartet wird. Der König wird bis zur Erzerge von Geheimrat von Nitschoten begleitet.
Wie aus Rom gemeldet wird, ist im Amtsblatt ein gefestigter Erlass veröffentlicht, nach dem die am 16. Oktober 1925 in Locarno unterzeichneten Verträge zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien ratifiziert wurden.
In ganz Japan herrscht eine schwere Influenza-Epidemie. In Tokio wird die Zahl der täglichen Todesfälle mit 88 angegeben. Auch der Kaiser von Japan und sein Kind sind an schwerer Influenza erkrankt.

Der Rechtsauschuss verlangt Reform des Scheidungsrechts

Die Staats-Rede des sächsischen Finanzministers im Landtag — Curtius verteidigt nochmals im Reichstag seine Wirtschaftspolitik
Kein offizielles Untersuchungsverfahren gegen Ungarn — Chamberlain drängt auf Abschluß der Ratstagung am Sonnabend
Abrechnung des Reparationsagenten für Februar — Italienische Pressestimmen über den Widerfall der Mussolinirede in Deutschland

Berlin. Nach einer Erklärung, die der Reichsjustizminister Hergt im Rechtsauschuss des Reichstages abgegeben hat, ist nicht mehr damit zu rechnen, daß die Verhandlungen über die Reform des Scheidungsrechts noch in diesem Reichstage vor der Auflösung abgeschlossen werden. Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß die Frage des Scheidungsrechts nicht zum Arbeitsnotprogramm gehöre und daß sie deshalb von einer sachlichen Stellungnahme im Augenblick absehen könne. Vor der Auflösung des Reichstages werde die Ehegesetzsfrage nicht mehr endgültig geklärt werden. Nach längerer Ausprache wurde in der Abstimmung ein deutsch-nationaler Antrag auf Abbruch der Verhandlungen mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt, womit eine Mehrheit des Ausschusses sich gegen die Erklärung des Reichsjustizministers wandte.

In der sachlichen Beratung wurden dann unter Ablehnung verschiedener Änderungsanträge zwei Änderungen für die entsprechenden Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches beschlossen. Danach kann ein Ehegatte auf Scheidung klagen, wenn eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, daß eine Fortsetzung der Lebensgemeinschaft nicht mehr erwartet werden kann, und wenn seit mindestens einem Jahr vor Erhebung der Klage die Lebensgemeinschaft nicht mehr besteht. Dieses Recht eines Ehegatten auf Scheidung ist aber ausgeschlossen, wenn er selbst einen Scheidungsgrund gegeben hat oder durch seine Verschuldung die Zerrüttung der Ehe herbeigeführt worden ist.

Frankreich ratifiziert sei. Leider sei die Zahl der Unterzeichner noch nicht genügend, um das Abkommen in Kraft zu setzen. Dr. Stresemann machte den Vorschlag, in Zukunft die noch offenstehenden internationalen Abkommen von Zeit zu Zeit durchzuberaten und so einen neuen Anreiz für die Ratifizierung zu geben. Die Frage der Revision halte er für sehr bedeutend, wie sich aus dem Beispiel eines großen Landes ergebe. (Gemeint ist Frankreich, das die Fakultativklausel zur obligatorischen Ratifizierung des Internationalen Gerichtshofes mit dem Vorbehalt der Ratifikation des Genfer Protokolls unterzeichnet hat.) Dr. Stresemann stellte die Unterzeichnung des Opiumabkommens durch Deutschland für die nächste Zeit in Aussicht.

Vertische und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Die Feldlerche jubiliert wieder!) Die Feldlerche ist von ihrer Winterherberge wieder zurückgekehrt, da ihr Tisch gedeckt ist, sobald die höher steigende Sonne das weiße Tuch von den Feldern hinwegnimmt. In früher Morgenstunde kann man jetzt ihr „Trillern und Jubilieren“ auf und über den Feldern hören. In Schraubenlinien steigt sie, „an den bunten Liedern empor“ ettern — wie der Dichter sagt — hoch in die Lüfte, der Sonne entgegen. Später gilt das Lied, wie bei allen Vögeln, in erster Linie dem brütenden Weibchen. Wenn die Lerche sich nicht stark vermehrt und ihr erbsfarbenes Kleid sie nicht vor Raubvögeln und anderen Vogeldieben schützt, wurde ihr Zubelgefang auf unseren Feldern längst verschwunden sein.
— (Keine Stempelsteuer.) Das Finanzministerium hat, wie aus Dresden gemeldet wird, beschlossen, die 1926 ausgesprochene Stempelsteuerbefreiung auf die Urkunden über Darlehen zu erstrecken die anlässlich der 1927er Unwetter einschließlich Hagelweterschäden aus öffentlichen Mitteln gewährt werden.
— (Gegen Wiedereinführung der Gemeindegewerbesteuer.) Wie aus Dresden gemeldet wird, haben die sächsischen Gewerbekammern beim Wirtschaftsministerium Einspruch gegen die Pläne des Städtetags auf Wiedereinführung der Gemeindegewerbesteuer erhoben. Die Ausgabenerhöhung durch die Besoldungserhöhungen dürfe nicht dazu veranlassen, die entstehenden Lasten durch Wiedereinführung oder Erhöhung von Sondersteuern auf die Schultern eines einzelnen Gewerbes zu legen, das ohnehin bereits über die Grenze seiner Leistungsfähigkeit belastet sei. Die Gemeinden würden sich nach anderen Möglichkeiten umsehen müssen, um ihren Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen, und dies wohl dadurch erreichen können, daß alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben vermieden würden. Die Gewerbekammern baten daher das Wirtschaftsministerium, dafür zu sorgen, daß die sächsische Regierung dem Antrag des Deutschen Städtetags auf Wiedereinführung der Gemeindegewerbesteuer mit aller Schärfe entgegenrete.
Wachau. Der Dittmannsdorfer Vermittlungsausschuss (aufgefunden) Am 6. 3. 28 gegen Abend wurde in einem Gehölz in Fur Wachau der seit 19. 2. 28 aus Klein-Dittmannsdorf abgängige gewesene Landwirt Tübel erhängt aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor. Schwermut wird als Tatgrund angenommen. Die Leiche wurde polizeilich aufgehoben und nach der Wohnung Tübels in Klein-Dittmannsdorf gebracht.

Der Völkerrundrat behandelt die bisher ratifizierten Verträge.

Dr. Stresemann erstattet den Bericht über die Arbeiten des Wirtschaftskomitees.

Genf. Die öffentliche Sitzung des Völkerrundrates am Dienstag begann mit dem Bericht Dr. Stresemanns über die Arbeiten des Wirtschaftskomitees. Der Bericht beschäftigt sich im ersten Teil mit den zwischen den europäischen Ländern bestehenden Zollschranken und bezeichnet die allgemeine Beseitigung von Zollmauern als eines der wichtigsten Probleme der europäischen Wirtschaft. Für die Vereinfachung der Ein- und Ausfuhrerhebung für lebendes Vieh wird im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Wirtschaftskomitees ein Datum für die Beratungen festgesetzt werden. Das Ergebnis der Beratungen zur Schaffung eines internationalen Wechselrechts wird den Mitgliedern des Völkerrundrates in Kürze mitgeteilt werden. Der Zusammentritt des beratenden Wirtschaftskomitees wurde auf den 14. Mai dieses Jahres festgesetzt.

Eine sehr lebhafte Diskussion entspann sich über den Halbjahresbericht des Generalsekretärs, in dem die bisher erfolgten Ratifikationen der verschiedenen Verträge und Konventionen

aufgezählt wurden. Der italienische Delegierte Scialoja erklärte, er habe den Vorschlag zu machen, in Zukunft die Reserven, die der eine oder andere Staat bei der Annahme von Verträgen mache, irgendwie in der Liste kenntlich zu machen. Titulescu schloß sich dieser Anregung an und betonte, daß es wichtig wäre, zu wissen, in welcher Form sich die verschiedenen Staaten durch die Ratifikation von Verträgen binden. Auch Chamberlain erklärte, daß durch die in vielen Fällen nicht erfolgte oder verknüpfte Ratifikation die Inkraftsetzung der internationalen Abkommen verhindert würde. Titulescu erklärte in einer zweiten Bemerkung, daß Rumänien in der nächsten Zeit das Opiumabkommen ratifizieren werde. Briand erklärte, besondere Aufmerksamkeit verdienne seiner Ansicht die Ratifikation des internationalen Abkommens über den privaten Waffenhandel, das von

Kein offizielles Untersuchungsverfahren gegen Ungarn

Genf, 6. März. Die Fünfmächtebesprechung dauerte etwa zwei Stunden. An der Besprechung nahmen auch Staatssekretär v. Schubert, der Generalsekretär am Quai d'Orsay, Bertelot, und der neue englische Unterstaatssekretär, Sir Sirhan, teil. Ueber das Ergebnis der Beratungen ist kein Communiqué veröffentlicht worden, dagegen wird folgendes mitgeteilt:

Die fünf Großmächte sind übereingekommen, gegen Ungarn kein offizielles Untersuchungsverfahren einzuleiten, dagegen soll in der morgigen geheimen Ratifikation ein besonderes Ratifikationskomitee unter dem Vorsitz des holländischen Außenministers Blootland eingesetzt werden, das aus unparteiischen Ratsmitgliedern besteht und das den Völkerrundrat noch in einer der nächsten Sitzungen einen Vorschlag für die Untersuchung und Behandlung der Untersuchungsaffäre gegen Ungarn vorlegen soll.

Chamberlain drängt auf Abschluß der Ratstagung am Sonnabend

Genf, 6. März. Aus Kreisen der englischen Delegation wird mitgeteilt, daß Chamberlain größten Wert auf einen Abschluß der Ratsverhandlungen am Sonnabend lege, und zwar werde Chamberlain unter allen Umständen Genf am Sonnabend Abend oder Sonntag früh verlassen. Von einer Begegnung zwischen Titulescu und Chamberlain in Genf könne keine Rede sein. Die englische Regierung weist hierbei daraufhin, daß für die Verhandlungen mit der Mosauer Regierung der übliche diplomatische Weg offen stehe. — Für Ende dieser Woche sind Besprechungen zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien vorgesehen, in denen die beteiligten Mächte unmittelbar interessierenden Fragen zur Verhandlung gelangen sollen. Diese Verhandlungen sollen stattfinden, nachdem die auf der Tagung des Völkerrundrates stehenden Fragen erledigt sind. Das Ratskomitee, das in der morgigen Sitzung für die ungarische Untersuchungsfrage eingesetzt werden soll, wird unter dem Vorsitz des holländischen Außenministers tagen. Dem Komitee werden ferner voraussichtlich Finnland, Canada und einer der südamerikanischen Staaten angehören. Man nimmt allgemein an, daß das Ratskomitee dem Völkerrundrat die Entsendung einer Enquete-Kommission zur Untersuchung des Szent-Gottard Zwischenfalls an Ort und Stelle vorschlagen wird. Die Einzelheiten der Untersuchung durch diese Kommission werden in den Vorschlägen des Ratskomitees an den Rat geregelt werden, jedoch soll die Kommission nicht den Charakter eines offiziellen Untersuchungskomitees des Völkerrundrates tragen.

Abrechnung des Reparationsagenten für Februar

Berlin, 6. März. Das Büro des Generalagenten für Generalagenten für Reparationszahlungen veröffentlicht eine Uebersicht über die verfügbaren Gelder und vorgenommenen Transfers im vierten Annullitätsjahre bis zum 29. Februar 1928. Danach betragen die verfügbaren Gelder bei einem Saldo per 31. August 1927 von 185.487.193 Goldmark am 29. Februar 120.577.106 Goldmark. (Vom 1. September 1927 bis 29. Februar 1928 903.821.571 Goldmark). Die vorgenommenen Transfers in ausländischer Währung betragen insgesamt im Februar 67.893.725 Goldmark (372.999.655 Goldmark); davon für den Dienst der deutschen Auslandsanleihe von 1927 im Februar 7.607.023 (43.602.621 Goldmark). Für Reparations-Recovery-Acts im Februar 28.991.755 Goldmark (167.144.106 Goldmark) und Barüberweisungen 28.782.472 Goldmark (144.948.172 Goldmark). Die